

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt,
Klimaschutz, Mobilität und Planung
am Freitag, dem 01.03.2024, im Großen Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:00 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Bericht der Verwaltung	6
3.	Mobilstationen-Feinkonzept für den Kreis Warendorf	7
4.	Bündnis für Klimaschutz und Klimaanpassung - Auf dem Weg zur Klimaneutralität 2040	8
5.	Masterplan Energie AWG	12
6.	Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Kreises Warendorf	13
7.	EEA-Arbeitsprogramm – Re-Audit 2024	14
8.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarung (ÖrV) für eine Machbarkeitsstudie zu einem Radschnellweg F35+	15
9.	Wettbewerbliches Verfahren für die Betriebsaufnahme des Linienbündels WAF 8 im Jahr 2025	16

- | | | | |
|------------|--|-----------------|-----------|
| 10. | Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen zum Li-
nienbündel Warendorf 8 (WAF8) mit dem Land-
kreis Osnabrück, dem Kreis Gütersloh und der
Stadt Münster | 043/2024 | 17 |
| 11. | Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen
zum Thema "Natürlicher Hochwasserschutz" | 050/2024 | 18 |

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Budde, Heinrich	
Claßen, Anne	
Dinter, Dennis	Vertretung für Herrn Dr. Blex
Dufhues, Hannelore	
Grap, Valeska	
Grobecker, Hubert	
Gutsche, Guido	
Hamann, Maria	
Heringloh-Poll, Norbert	
Marx, Burkhard	
Nienkemper, Dorothea	Vertretung für Herrn Lepper
Ommen, Detlef	
Richter, Konrad	
Rosenbaum, Ulf	
Schlösser, Ulrich	
Schmedding, Josef	
Tentrup-Beckstedde, Christoph	
Vöcking, Knud	
Wamba, Gilbert	Vertretung für Frau Maschelski-Werning
von der Verwaltung	
Bleicher, Herbert, Dr.	
Garnschröder, Merle	
Hackelbusch, André	
Kalthoff, Manuela	
Terwey, Martin	
Gäste	
Grundmann, Thomas	
Meyer, Johannes	

Der Ausschussvorsitzende, Herr Guido Gutsche (CDU), eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Ladung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Mobilität und Planung mit der Einladung vom 19.02.2024 form- und fristgerecht erfolgt ist.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
--

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen, da kein Einwohner / keine Einwohnerin anwesend ist.

2. Bericht der Verwaltung

Geschäftsführung WVG

Herr Dr. Bleicher erklärt, dass Herr Pieperjohanns mit Wirkung vom 29.02.2024 aus der Geschäftsführung der WVG ausgeschieden sei und in die Geschäftsführung des Haftpflichtverbandes öffentlicher Verkehrsbetriebe (HÖV) wechsele. Er erklärt, dass der Aufsichtsrat der WVG als Interimslösung die bisherigen Bereichsleiter und Prokuristen Detlef Berndt, Julian Hericks, David Oelkers und Steffen Schuldt in die Geschäftsführung des Unternehmens berufen habe.

Deutschlandticket

Herr Dr. Bleicher erklärt, dass die Allgemeine Vorschrift für das Deutschlandticket im Kreis Warendorf bis zum 30.06. dieses Jahres befristet sei. Da die Finanzierung des Deutschlandtickets durch den Bund und das Land für das Gesamtjahr 2024 nach wie vor nicht sichergestellt sei, wird in der Sitzung im Mai das Thema erneut beraten werden und in Abhängigkeit von dem dann aktuellen Sachstand über das weitere Vorgehen informiert.

Smart Region – Interkommunales Hochwasser-Monitoring

Herr Hackelbusch kündigt für die Sitzung des Kreisausschusses am 15.03.2024 eine Sitzungsvorlage zu dem Thema an. Man wolle sich zu diesem Thema mit den Städten und Gemeinden im Nachgang zum Winterhochwasser 2023 austauschen und Möglichkeiten eruieren, wie ein gemeinsames HW-Monitoring etabliert werden kann. Den Medien war zu entnehmen, dass einige Städte und Gemeinden an einem dichteren Pegelnetz interessiert sind.

3. Mobilstationen-Feinkonzept für den Kreis Warendorf

027/2024

Herr Terwey berichtet anhand der beigefügten Präsentation, dass das Projekt abgeschlossen sei und auf der Verbandsebene des NWL zunächst 56 Stationen betrachtet worden seien. Aufbauend auf diesen Ergebnissen seien 30 Standorte im Rahmen des Feinkonzeptes vertieft betrachtet worden.

Im weiteren Verlauf erläutert er den Ablauf des Verfahrens zur Erstellung des Feinkonzeptes und stellt einige Planungs-Beispiele dar.

Herr Gutsche (CDU) bedankt sich bei Herrn Terwey und fügt hinzu, dass das Projekt auf allen Ebenen positiv begleitet worden sei.

Auf Nachfrage von Herrn Schlösser (B'90/Grüne) erklärt Herr Terwey, dass es sich um ein verbandsweites Projekt handele und die vorhandenen Radstationen in die Betrachtung einbezogen worden seien.

Herr Ommen (SPD) stellt heraus, dass sich jeder einbringen solle, damit herausgearbeitet werden könne, was vor Ort, z. B. Ausstattungselemente, sinnvoll sei. Zudem macht er deutlich, dass nicht jede Haltestelle eine Mobilstation wäre. Dieses sei nur der Fall, wenn es dort neben dem Bus beispielsweise die Möglichkeit der Nutzung von Rad- und Carsharing gebe.

Herr Budde (CDU) sieht Mobilstationen als wichtigen Verknüpfungspunkt zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln an. Er erkundigt sich, ob eine Mobilstation mehr als nur eine Verknüpfung verschiedener Verkehrsmittel sein könne.

Herr Terwey führt aus, dass eine zusätzliche Ausstattung immer denkbar sei. Allerdings sei es Aufgabe der Kommunen zu entscheiden, welche Ausstattungselemente benötigt und umgesetzt werden könnten.

Herr Gutsche (CDU) ergänzt, dass das Mobilstationen-Feinkonzept viele Möglichkeiten für die Zukunft biete.

Daraufhin stellt Herr Schmedding (CDU) heraus, dass der Kreis Dienstleister für die Kommunen sei. Ziel sollte es sein, die Kommunen zur Beteiligung an dem Projekt zu motivieren. Aus seiner Sicht wäre es sinnvoll, wenn diese schon vorab in die Planung einsteigen, damit Pläne vorhanden seien, wenn die entsprechenden Fördergelder zur Verfügung stünden.

Beschlussvorschlag:

Zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

4. Bündnis für Klimaschutz und Klimaanpassung - Auf dem Weg zur Klimaneutralität 2040

022/2024

Herr Hackelbusch erläutert die Vorlage und verdeutlicht, dass die Kreisverwaltung ihre Arbeit in vier strategischen Handlungsfeldern ausrichtet. Jedes Handlungsfeld ist bereits mit entsprechenden Maßnahmen versehen.

Anschließend erläutert Herr Meyer vom Büro energielenker ausführlich anhand der beigefügten Präsentation die Potenzialanalyse zum klimaneutralen Kreisgebiet 2040 und erklärt, dass der deutschlandweite Entwicklungstrend und die örtlichen Begebenheiten berücksichtigt worden seien.

Auf Nachfrage von Herrn Herringloh-Poll (CDU) erklärt Herr Meyer, dass der Ampri- on-Netzausbau trotz hoher Speichermöglichkeiten notwendig sei und diese für Spitzenzeiten benötigt werden.

Frau Nienkemper, (FWG) bedankt sich für die Ausführung und zeigt sich skeptisch, ob das Klimaziel 2040 insbesondere in Bezug auf die E-Fahrzeuge erreicht werden könne.

Ergänzung zum Protokoll: Die Annahme, dass 2040 75 % der PKW bis 2040 elektrifiziert sein werden, stützt sich auf folgende Studie: Prognos, Öko-Institut, Wuppertal-Institut (2020): Klimaneutrales Deutschland. Studie im Auftrag von Agora Energiewende, Agora Verkehrswende und Stiftung Klimaneutralität

Herr Meyer erklärt, dass eine vollständige Autarkie insbesondere in den Morgen- und Abendstunden ohne Speichermöglichkeiten nur schwer zu erreichen sei.

Auf weitere Nachfrage von Frau Nienkemper (FWG) nennt Herrn Grundmann, Geschäftsführer AWG, das Beispiel der Firma Winkelmann die mittlerweile unabhängig vom öffentlichen Stromnetz sei und die bilanzielle Autarkie erreicht habe.

Herr Ommen (SPD) bedankt sich für die Darstellung des aktuellen Stands. Für ihn stelle sich die Frage, wie der produzierte Strom in die Netze komme. Die Speichermöglichkeiten seien für ihn eine wesentliche Aufgabe, die es zu lösen gelte. Herr Ommen (SPD) stellt zudem heraus, dass Klimaschutz ohne die Landwirtschaft nicht möglich sei. Der Regional- und Landesentwicklungsplan müsse seiner Ansicht nach entsprechend angepasst werden. Zudem wünscht er sich bei der Potenzialanalyse in Hinblick auf den Wärmebereich eine Nachbesserung.

Herr Dr. Bleicher erklärt daraufhin, dass das Ziel nur gemeinsam mit den entsprechenden Partnern erreicht werden könne. Hierbei käme beispielsweise auch dem WLVB eine wichtige Rolle beim Thema Flächen zu. Er berichtet von den guten Erfahrungen im Aktionsbündnis für Artenvielfalt und betont, dass er sich eine ähnlich gute Zusammenarbeit der Bündnispartner im Bereich des Klimaschutzes wünsche. Ebenso käme beispielsweise darüber hinaus den Energieversorgern, dem Naturschutz und der Handwerkerschaft eine wichtige Rolle zu. Er erklärt, dass die Auflistung noch nicht abschließend sei und dass man mit den Partnern gemeinsam Maßnahmen entwickeln wolle, die dann zu gegebener Zeit im Ausschuss vorgestellt werden sollen.

Anschließend bedankt sich Herr Grobecker (B'90/Grüne) für den Vortrag und äußert den Wunsch, dass die Ausschussmitglieder zukünftig die Präsentationen vor der Sitzung erhalten sollten. Er kritisiert, dass das im Vortrag genannte 1,5 Grad-Ziel bereits überschritten sei. Herr Grobecker ist der Ansicht, dass die Stromerzeugung und der Strombedarf sich decken müssten. Hierzu würde es sich anbieten smart-repowering-Geräte einzubauen. Hiermit seien Bedarf und Nachfrage besser zu regeln. Er wünscht sich bei der Analyse einen deutlicheren Fokus in Hinblick auf das Thema Gebäude und Wärme und den entsprechenden Informationsmöglichkeiten dazu.

Herr Grobecker (B'90/Grüne) wünscht sich eine Änderung des Beschlussvorschlages, da nach Ansicht seiner Fraktion das Ziel nicht die rechnerische, sondern die tatsächliche Klimaneutralität sein sollte.

Auf Nachfrage von Herrn Budde (CDU) erläutert Herr Meyer, dass davon ausgegangen sei, dass einige Biomasse-Energieanlagen künftig herausfallen werden. So würde die Strommenge aus diesem Bereich etwas geringer. Zu der Annahme sei man aufgrund der allgemeinen Studienlage zu den Energietrends gekommen.

Herr Herringloh-Poll (CDU) erklärt, dass die Zielsetzung in der Vorlage gut formuliert sei und einige Punkte aber noch ergänzungsbedürftig seien.

Daraufhin ergänzt Herr Schmedding (CDU), dass das Thema Wasserstoff Berücksichtigung finden müsse.

Herr Wamba (SPD) bittet um Berücksichtigung des Themas Smartpowering.

Frau Grap (B'90/Grüne) bedankt sich bei Herrn Meyer für den Vortrag und schlägt vor den Begriff „rechnerisch“ aus dem Beschlussvorschlag herauszunehmen.

Daraufhin erläutert Herr Hackelbusch, dass das Gesetz ebenfalls die bilanzielle Klimaneutralität nennt, da seitens des Bundes die Probleme erkannt wurden, dass durch verschiedene Bedarfe und Spitzenzeiten das Ziel zunächst die rechnerische Klimaneutralität sei.

Herr Dr. Bleicher erklärt, dass über die Ergebnisse aus dem Bündnis für Klimaschutz im Ausschuss berichtet werde und dass es dadurch zu einer Verzahnung mit der Politik kommen solle.

Herr Vöcking (Die Fraktion) weist noch einmal darauf hin, dass das Klimaziel von 1,5 Grad schon Geschichte sei und in Deutschland noch zu viel in fossile Energien investiert werde. Zudem führt er aus, dass im Sozialausschuss darüber berichtet worden sei, dass es keinen bezahlbaren Wohnraum mehr gebe und es schnelle Handlungsideen gebe müsse, wie man Menschen mit wenig Geld ermöglichen könne möglichst klimaneutrale Wohnungen (Nachtspeicherheizungen etc.) beziehen zu können. Zudem erklärt Herr Vöcking, dass er dem Vorschlag der Fraktion „Bündnis90/Die Grünen folge, den Begriff „rechnerisch“ aus dem Beschlussvorschlag zu streichen.

Anschließend hebt Herr Budde (CDU) hervor, dass das Bündnis für Artenschutz ein sehr gutes Beispiel sei um im Bereich Klimaschutz ein ähnliches Bündnis zu schließen. Zudem müsse die Frage geklärt werden, ob man im Kreis Warendorf Wasserstoff herstellen müsse oder ob man sich bei der Produktion anderen, z. B. Hamm, anschließen könne. Er hebt noch mal hervor, dass Ziel die bilanzielle Klimaneutralität sein sollte, da manche Firmen keine Möglichkeit hätten, wenn sie nicht zukaufen dürften.

Frau Nienkemper (FWG) stellt klar, dass alle Vorschläge mit in das Bündnis genommen werden sollten und schlägt vor, in den Beschlussvorschlag die Ergänzung „**mindestens die** rechnerische Klimaneutralität“ und „die Verwaltung wird regelmäßig über Maßnahmen, **Chancen** und deren Umsetzungsstände berichten“ aufzunehmen.

Frau Grap (B'90/Grüne) möchte dem Vorschlag nicht folgen und erklärt, dass ihre Fraktion sich enthalten werde oder um die Verschiebung in den Kreisausschuss bitte.

Daraufhin erklärt Herr Gutsche (CDU), dass er sicher davon ausgehe, dass die „echte“ Klimaneutralität im Kreis Warendorf bis 2040 nicht zu erreichen sei und stellt zudem die Frage, wie das praktische laufen solle. Er führt aus, dass die Politik die Bevölkerung mitnehmen müsse, da bei einer strikten Betrachtungsweise zu viele Widerstände geben werde.

Herr Grundmann (AWG) befürwortet die bilanzielle Klimaneutralität und erklärt, dass nach Erreichung dieses Zieles die faktische Klimaneutralität sein könne. Er befürchtet große Probleme, wenn alles verboten wäre, was fossil sei.

Herr Dr. Bleicher betont, dass kein Ablasshandel betrieben werden solle. Dem Kreis Warendorf sei die Gründung des Klimaschutzbündnisses sehr wichtig. Allerdings dürfe man das Bündnis nicht überfordern, wenn Bündnispartner von vornherein der Ansicht seien, dass man das Ziel nicht erreichen könne. Mit dem Jahr 2040 gehe man sogar über das gesetzliche Ziel 2045 hinaus. Zudem sei das Ziel der „bilanziellen Klimaneutralität“ münsterlandweit abgestimmt worden.

Dem stimmt Herr Herringloh – Poll (CDU) zu und betont, dass die Flexibilität so weiterhin gegeben sei.

Herr Grobecker (B'90/Grüne) betont, dass man sich hohe Ziele stecken müsse und nicht von vornherein das Ziel niedrig setzen solle. Zudem ergänzt er, dass er am Vortag in Warendorf einen Vortrag zu dem Thema gehört habe

Herr Gutsche betont noch einmal, dass die Bevölkerung mitgenommen werden müsse und den Menschen, insbesondere auch älteren Leuten, dass Geld für die notwendigen Investitionen fehle um die faktische Klimaneutralität zu erreichen.

Zum Abschluss der Diskussion lässt Herr Gutsche über den Vorschlag das Wort

„rechnerisch“ aus dem Beschlussvorschlag herauszunehmen, abstimmen.

Beschlussvorschlag: Der Begriff „rechnerische“ soll aus dem Beschluss herausgenommen werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

JA 8 (3 B'90/Grüne, 4 SPD, 1 Die FRAKTION)
Enthaltung 1 (AfD)
Nein 10 (8 CDU, 1 FDP, 1 FWG)

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den ursprünglichen Beschlussvorschlag

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag begrüßt die Gründung des Bündnisses für Klimaschutz und Klimaanpassung und die Zielstellung des Kreises Warendorf, bis 2040 die rechnerische Klimaneutralität zu erreichen. Die Verwaltung wird regelmäßig über Maßnahmen und deren Umsetzungsstände berichten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich angenommen
Ja 14 (8 CDU, 4 SPD, 1 FWG, 1 FDP)
Nein 1 (AfD)
Enthaltung 4 (3 B'90/Grüne, 1 Die FRAKTION)

5. Masterplan Energie AWG

024/2024

Herr Grundmann erläutert die Vorlage anhand der beigefügten Präsentation und berichtet über Gespräche mit verschiedenen Akteuren bzgl. Fernwärme. Zudem berichtet er, dass ein CNG LKW (Müllsammelfahrzeug) bestellt worden sei.

Nach dem Vortrag von Herrn Grundmann bedankt sich Herr Gutsche (CDU) und hebt hervor, dass die AWG immer wieder neue Ideen und Möglichkeiten als Beitrag zum Klimaschutz entwickelt.

Herr Grundmann bedankt sich für dieses Feedback und wird das Lob an seine Mitarbeiter weitergeben.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Hinweis:

Frau Grap verlässt die Sitzung um 11.00 Uhr

Frau Claßen verlässt die Sitzung um 11.05 Uhr

Herr Dinter verlässt die Sitzung um 11.10 Uhr

6.	Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Kreises Warendorf	001/2024
-----------	--	-----------------

Herr Dr. Bleicher erklärt, dass das Abfallwirtschaftskonzept alle fünf bis zehn Jahre fortgeschrieben werden müsse und dabei ein entsprechendes Verfahren durchlaufe. Wie aus der beigefügten Liste ersichtlich sei, habe es nur wenige Rückmeldungen gegeben. Er erklärt, dass die Bezirksregierung lediglich Anmerkungen redaktioneller Art habe und seitens der Kommunen keine wesentlichen Punkte genannt wurden.

Da es keine weiteren Fragen gibt, lässt Herr Gutsche über die Vorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Kreises Warendorf -Abfallwirtschaftskonzept 2024 -.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

Hinweis: Herr Wamba verlässt um 11.25 Uhr die Sitzung.

7. EEA-Arbeitsprogramm – Re-Audit 2024

023/2024

Hackelbusch erläutert die Vorlage und den damit verbundenen Prozess der Zertifizierung bzw. Re-Zertifizierung.

Frau Nienkemper (FWG) stellt fest, dass es sich um ein aufwendiges Verfahren handelt und der Kreis Warendorf damit eine große Aufgabe vor sich habe um die Ziele, wie zum Beispiel die Gebäudeleittechnik, bis zum 31.07.2015, zu erreichen.

Herr Hackelbusch erklärt, dass sich die jeweiligen Bereiche die Ziele selber gesetzt hätten.

Herr Ommen (SPD) hält die gesetzten Ziel für realistisch, da die Verwaltung laufend an diesen arbeite. Zudem erkundigt er sich nach dem Stand der Machbarkeitsstudie zum Radschnellweg F35+, da dieses Projekt im Status noch offen sei.

Daraufhin erklärt Herr Terwey, dass zunächst die Machbarkeitsstudie durchgeführt werden müsse und aufgrund dessen der Status noch offen sei.

Herr Grobecker (B'90/Grüne) sieht das Ganze als eine große Herausforderung für den Kreis an und weist daraufhin, wie wichtig es sei, dass die jeweiligen Beschlüsse auch umgesetzt werden.

Herr Schmedding (CDU) ist es wichtig, dass viele Dinge aufgenommen und beschlossen wurden und hebt hier die Themen der Baumaktion und des Halbstundentakts hervor, die aufgenommen worden seien

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss stimmt dem vorgelegten Arbeitsprogramm zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

8. Öffentlich-rechtliche Vereinbarung (ÖrV) für eine Machbarkeitsstudie zu einem Radschnellweg F35+

047/2024

erwey erläutert die Vorlage zur ÖrV zur gemeinsamen Vergabe einer Machbarkeitsstudie mit anderen Partnern. Er erklärt, dass der Masterplan Fahrradkorridor F35 Zwolle – Enschede – Münster im Rahmen eines EUREGIO-Projektes im Jahr 2021 erstellt wurde. Untersucht wurde auch die Verknüpfung der im Korridor verlaufenden Bahnstrecken. So könnten Teilstrecken jeweils mit Rad und Bahn kombiniert werden. Ziel der Landesregierung sei es, ein Netz von Radwegen zu etablieren und die Radroute im Korridor Münster – Hamm fortzuführen, da dort der Radschnellweg Ruhr (RS 1) ende und der geplante Radweg OWL 2.0 künftig enden könnte. Zudem weist er darauf hin, dass die anderen Partner die ÖrV bereits beschlossen hätten. Das Projekt sei nicht nur landesweit, sondern auch für den Kreis von großem Interesse.

Auf Nachfrage von Herrn Budde (CDU) erklärt Herr Terwey, dass jeder Partner der ÖrV auch kostenmäßig an der Machbarkeitsstudie beteiligt sei.

Herr Dr. Bleicher ergänzt, dass nur die Kosten für einen etwaigen Rechtsstreit ausschließlich auf Seiten des Kreises liege.

Daraufhin fügt Herr Terwey hinzu, dass sich die anteiligen Kosten für den Kreis Warendorf auf ca. 7.000 € belaufen werden.

Auf Nachfrage von Frau Nienkemper (FWG) erklärt Herr Terwey, dass der Kreis Warendorf Initiator des Projektes sei und daher die ZVS des Kreises Warendorf die Vergabe prüfe und den anderen Beteiligten hierfür keine Kosten in Rechnung stelle.

Des Weiteren fügt Herr Terwey hinzu, dass es noch offen sei, ob es am Ende ein Radschnellweg oder eine Velo-Route werden könne.

Beschlussvorschlag:

1. Der Landrat wird ermächtigt, die beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung (ÖrV) zu unterzeichnen.
2. Die Verwaltung wird auf Grundlage der ÖrV beauftragt, die Ausschreibung und Beauftragung der Machbarkeitsstudie durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 15

9.	Wettbewerbliches Verfahren für die Betriebsaufnahme des Linienbündels WAF 8 im Jahr 2025	046/2024
-----------	---	-----------------

Herr Terwey erläutert die Vorlage zum Linienbündel WAF 8, welches zu Januar 2025 mit einer 10-jährigen Konzessionslaufzeit neu vergeben werden soll. Er erläutert die Besonderheiten durch die sich Veränderungen im künftigen Fahrplanangebot einzelner Linien ergeben werden. Zudem erläutert er das Verfahren zur Neuvergabe.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich bei Herrn Terwey für die Ausführungen.

Herr Ommen (SPD) bedankt sich ebenfalls und äußert die Vermutung, dass sich vermutlich kein Unternehmen finden werde, welches die Linie eigenwirtschaftlich betreiben werde. Daher werde es durch die Ausschreibung und den Abschluss eines Öffentlichen Dienstleistungsauftrages zu deutlich höheren Kosten für den Kreis kommen.

Auf Nachfrage von Herrn Ommen (SPD) erläutert Herr Terwey, dass man bei Änderungen im Nahverkehrsplan auch zukünftig immer reagieren und bestimmte Leistungen anpassen müsse. Auf weitere Nachfrage erklärt Herr Terwey zudem, dass es im Dienstleistungsauftrag grundsätzlich möglich sei, eine Marge von 25 Prozent der Verkehrsleistung zu- bzw. abzubestellen.

Herr Vöcking (Die Fraktion) zeigt sich als Sassenberger erfreut über die Entwicklungen, da 2014 eine Verstärkung der Linie in Richtung Gütersloh seitens des Kreises GT noch abgelehnt wurde. Er schlägt vor, dass auch die Stadt Sassenberg den ÖPNV und die Ausweitung auf den Linien aktiv bewerben solle.

Herr Schmedding (CDU) begrüßt die Ausschreibung und zweifelt an, dass es ein eigenwirtschaftliches Angebot geben werde. Er schlägt vor, dass insbesondere auch für die ältere Bevölkerung, die sich zum Teil noch nicht mit den neuen Medien beschäftige, einige Flyer, auch in den kleineren Kommunen, verteilt werden sollten. Seitens der CDU-Fraktion signalisiert er die Zustimmung zu der Vorlage.

Herr Schlösser verlässt um 11.50 Uhr die Sitzung.

eschlussvorschlag:

1. Dem in der Anlage dargestellten vorläufigen Leistungsangebot sowie den dazu erforderlichen Anpassungen des Nahverkehrsplans wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das wettbewerbliche Verfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 14

10.	Öffentlich-rechtliche Vereinbarungen zum Linienbündel Warendorf 8 (WAF8) mit dem Landkreis Osnabrück, dem Kreis Gütersloh und der Stadt Münster	043/2024
-----	--	-----------------

Herr Terwey erläutert die Vorlage.

Da es keine Fragen gibt, lässt Herr Gutsche über die Vorlage abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Der Landrat wird ermächtigt, die als Anlage beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Landkreis Osnabrück über die Übertragung der Zuständigkeit für die Vergabe von Linienverkehren (Linienabschnitten) abzuschließen.
2. Der Landrat wird ermächtigt, die als Anlage beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit dem Kreis Gütersloh über die Übertragung der Zuständigkeit für die Vergabe von Linienverkehren (Linienabschnitten) abzuschließen.
3. Der Landrat wird ermächtigt, die als Anlage beigefügte öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Münster über die Übertragung der Zuständigkeit für die Vergabe von Linienverkehren (Linienabschnitten) abzuschließen.
4. Die Verwaltung wird ermächtigt, notwendige Änderungen der Vereinbarungen nach Maßgabe der Aufsichtsbehörde und bei eventuellen Änderungswünschen der Vertragspartner vorzunehmen, sofern die materiellen Regelungen unberührt bleiben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 14

11.	Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Thema "Natürlicher Hochwasserschutz"	050/2024
------------	---	-----------------

Herr Dr. Bleicher weist daraufhin, dass die Beantwortung schriftlich erfolgt sei und die Antworten auf den Tischen ausgelegt wurde. Zudem werden die Antworten dem Protokoll beigelegt.

Herr Grobecker regt an, dass eruiert werden müsse, was der Kreis Warendorf tun könne, um den Hochwasserschutz zu begleiten.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt der Ausschussvorsitzende um 12.00 Uhr die Sitzung.

gez.

Guido Gutsche
Vorsitzender

gez.

Dr. Herbert Bleicher
Dezernent für Bauen, Planung und Umwelt